

Das Kabinett wird dann während der Anwesenheit des Reichszanzlers in Lausanne die große Notverordnung vorbereiten, durch die ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, die Durchführung von Siedlungsplänen, die Durchführung des Arbeitsdienstes und eine Reihe von anderen Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Not und Milderung der Arbeitslosigkeit verordnet werden soll. Diese Notverordnung sieht das Kabinett als die erste eigentliche Aufgabe der neuen Regierung an, während die finanziellen Maßnahmen vom Kabinett noch als Erbschaft der Regierung Brüning gewertet werden und mit der Notwendigkeit der Sicherung der Kassenlage, insbesondere auch für die Gemeinden, begründet werden.

Ministerempfang bei Hindenburg.

Der Reichspräsident hat den Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden auf die telegraphisch an ihn gerichtete Bitte um Empfang geantwortet, daß er gern bereit sei, die Herren zu der gewünschten gemeinsamen Besprechung zu empfangen, und zwar in Gegenwart des Reichszanzlers. Als Zeitpunkt hierfür hat der Reichspräsident Sonntag, den 12. Juni, 11 Uhr vormittags, festgesetzt.

Süddeutsche Wünsche an Hindenburg.

Aus Karlsruhe wird gemeldet: Wie eine dem badischen Zentrum nahestehende Persönlichkeit zu der Konferenz der süddeutschen Staats- und Ministerpräsidenten in Berlin und ihrem Schritt beim Reichspräsidenten mitteilt, werden die Staats- und Ministerpräsidenten dem Reichspräsidenten nicht nur ihre Stellungnahme zu allgemeinen Fragen ihres Verhältnisses zwischen Reich und Ländern darlegen, sondern sie werden sich vor allem und mit Entschiedenheit gegen die Absicht der Einsetzung von Reichskommissaren in den Ländern wenden.

Dies sei nach süddeutscher Ansicht verfassungswidrig. Weiter soll auch der Reichspräsident über die süddeutsche Auffassung bezüglich aller aufgetauchten Bestrebungen einer künstlichen Inflation unterrichtet werden; ferner verlangen die süddeutschen Staaten Klarheit über die Gründe und Hintergründe des Regierungswechsels im Reich.

Der Schritt der süddeutschen Länder richtet sich nicht, wie versichert wird, gegen das Reich als solches, sondern soll im Gegenteil dem Interesse der Gesamtheit des Reiches und eines gedeihlichen verfassungsmäßigen Zusammenarbeiten zwischen ihm und seinen Gliedern untereinander dienen.

Sachsen, Preußen und das Reich.

Der Sächsische Landtag hat die erste Beratung des neuen Staatshaushaltsplans vorgenommen. Aber nicht diese Tatsache, nicht die von den einzelnen Fraktionsrednern gemachten Ausführungen gaben dieser Sitzung eine besondere Bedeutung. Es war vielmehr die Rede des Ministerpräsidenten Schied, die diese Landtagsverhandlungen vor anderen hervorhob — die Rede, die sich mit der Frage der Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen beschäftigte. Schied vertrat mit aller Deutlichkeit den Standpunkt, daß die Verfassung eine solche „Reichsregulatur“ nicht zulasse, wenn sie allein in der Tatsache, daß jetzt nur eine geschäftsführende Regierung am Ruder ist, ihre Begründung suche. Es fehlt nicht an Stimmen, die in den Erklärungen Schieds eine Art Kampfesstellung gegen die neue Reichsregierung von Papen sehen wollen. Eine solche Beurteilung dürfte jedoch vollkommen in die Jahre gehen. Nichts anderes — und das ist auch wichtig genug! — wollte Schied, als das hohe „Gut der Selbständigkeit der Länder“ verteidigen, und er setzte damit in voller Konsequenz die Haltung fort, die die Regierung in letzter Zeit in der Frage der Reichsreform, des Einheitsstaates und des Zentralismus eingenommen hat. Ein neues Bekenntnis zum Föderalismus also hat Schied ausgesprochen. In ganz ähnlicher Weise hat sich im übrigen zur gleichen Zeit vor dem Reichstag der Reichsinnenminister Frhr. von Cohnl erklärt. Danach ist zu hoffen, daß in diesen Dingen keine Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichs- und der sächsischen Regierung bestehen.

Ministerpräsident Schied glaubte, es ausdrücklich betonen zu müssen, daß er — als Präsident einer ebenfalls nur geschäftsführenden Regierung — nicht pro domo spreche. Man muß ihm das zugeben. Es mag aber noch ein Wort dazu gesagt werden, das Schied aus begründlichen Gründen nicht selbst aussprechen konnte: Ein sehr erheblicher Unterschied zwischen den Verhältnissen in Sachsen und Preußen ist doch vorhanden! Der nämlich, daß die sächsische Regierung aus parteiunabhängig nicht gebundenen Ministern, aus seit Jahrzehnten bewährten Beamten besteht, während die preussische Regierung eine noch parteiunabhängig zusammengestellte Regierung ist. Daher wird auch die preussische Regierung viel heftiger und leidenschaftlicher umkämpft, als die sächsische.

Schlieflich sei noch ein etwas anderes hingewiesen, das gleichfalls zum Thema „Sachsen, Preußen und das Reich“ gehört. Preußen ist zwar gestunken worden, seinen Etat selbst auszugleichen, aber ihm ist doch eine in fünf Jahresraten zu zahlende Reichshilfe von 100 Millionen zugesagt worden. Bayern und Württemberg erhalten auf dem Wege über die Postabfindung schon jetzt Hilfe vom Reich. Wo aber bleibt Sachsen? Dasselbe Sachsen, das unter der Wirtschaftspolitik am allererschwersten zu leiden hat, dessen Erwerbslosenzahlen nach wie vor ganz erschreckend hoch sind — das auch die Schicksalener schon lange hat, aber die in Preußen jetzt so geflagt wird? Wird das Reich nun wenigstens die sächsische Forderung nach Auszahlung von rund 20 Millionen Mark aus den Einnahmen der Eisenbahnübertragung erfüllen? Die sächsische Regierung wird ihre Forderungen mit dem Hinweis auf die neue Hilfe für Preußen nun noch nachdrücklicher als bisher schon vertreten müssen.

Die englisch-irischen Verhandlungen gescheitert.

London, 10. Juni. In London wurden nach mehr als vierstündiger Dauer die englisch-irischen Verhandlungen ergebnislos abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt.

Nach 17 Uhr verließ MacDonald mit erstem Gesicht das Gebäude. Ihm folgte de Valera, der wiederum von der Menge mit begeisterten Zurufen begrüßt wurde. Er reiste noch am Abend — immer unter schärfster polizeilicher Bewachung — wieder nach Irland zurück.

England für Streichung der Tribute.

Der steinerne Gast.

Rätseltönen am Lausanne.

Wie vor jeder großen politischen Konferenz, so legt auch wieder vor Lausanne findet ein allgemeines großes Rätseltönen statt über das, was die Staatsmänner in ihren Koffern und Aktentappen mit an den Konferenzort bringen. England geht, wenn man den englischen Zeitungen glauben darf, mit einer gesunden Dosis Optimismus nach Lausanne. Londoner Blätter meinen, daß Frankreich zum Schluß der Lausanner Verhandlungen sich möglicherweise doch noch überreden lassen werde, der Streichung der Tribute zuzustimmen, jedoch unter folgenden zwei Bedingungen: 1. daß Amerika gleichzeitig der Streichung der Kriegsschulden zustimmt; 2. daß England sich damit einverstanden erklärt, gemeinsam mit Frankreich, Italien, Belgien und den anderen beteiligten Mächten der amerikanischen Regierung von dem Unvermögen all dieser Länder zur Zahlung der Kriegsschulden Mitteilung zu machen, da sie selbst keine Tribute mehr erhielten. Man hält es aber nicht für ausgeschlossen, daß die endgültige Entscheidung erst nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen fallen werde.

Das würde ein Eingehen Frankreichs auf die englischen Vorschläge bedeuten, denn wie aus gut unterrichteter Stelle verläuft, soll die Londoner Regierung fest entschlossen sein, auf dem Gedanken der Streichung sowohl der Reparationen wie der Kriegsschulden zu beharren. In Paris werde es sich bei der Ministerbegegnung demnach nur darum handeln, die nötige Form zu finden. In London sind im übrigen Gerüchte im Umlauf, daß England, wenn Frankreich einer völligen Streichung der Reparationen zustimme, auf Deutschland im Sinne eines Entgegenkommens in der Abrüstungsfrage Frankreich gegenüber hinwirken werde.

Es ist übrigens sehr auffallend, daß 95 Proz. aller Nachrichten und Informationen über Lausanne aus London stammen, während die französischen Presse aus eigenen Quellen wenig oder nichts zu berichten weiß.

Deutschland wird sich von diesem englischen Optimismus nicht anheiden lassen dürfen, denn es ist ja durch Frankreich im letzten Augenblick schon öfter enttäuscht worden. Es hat seine Stellungnahme bereits mehrfach fest umrissen und wird ihr nichts hinzuzufügen und nichts von ihr wegzunehmen haben. Die deutschen Unterhändler werden nach Lausanne gehen ohne Furcht und

ohne übertriebene Hoffnung. Vernunftspründe haben bisher nicht vermocht, ihre Gegenspieler von der Gerechtigkeit der deutschen Forderungen zu überzeugen. An den Hand des Chaoß hat dieses Verhalten sehr Freund und Feind gebracht. Die Not, die bittere Not einer ganzen Welt wird mit am Konferenzort zu Lausanne sitzen: Ein steinerne, unerbittlicher Gast, der nicht überreden und überzeugen will, sondern der — zwingt!

Chamberlain ist optimistisch.

England für völlige Streichung der Tribute. Das englische Unterhaus nahm das Finanzgesetz für den englischen Haushalt in dritter Lesung mit 409 gegen 34 Stimmen an.

Schatzkanzler Chamberlain gab eine Erklärung ab, in der er unter anderem feststellte, daß die finanziellen Schwierigkeiten, die gegenwärtig nicht nur auf England, sondern auf der ganzen Welt lasteten, nicht durch irgendein Finanzgesetz gelöst werden könnten, das in England allein eingebracht werde. Eine Zusammenarbeit zwischen den Nationen sei der einzige Weg, auf dem eine Lösung der großen Fragen gefunden werden könne.

In den letzten Monaten habe sich infolge der Krise allgemein ein stärkerer Wirtschaftssinn entwickelt. Seiner Ansicht nach herrsche zurzeit in Europa eine größere Annäherung und eine Abereinstimmung sowohl über die Ursache der Schwierigkeiten als auch über die notwendigen Schritte zu ihrer Beseitigung, als zu irgendeiner Zeit seit dem Weltkrieg.

Im Hinblick auf die zahlreichen Mutmaßungen über die Politik Englands auf der Lausanner Konferenz wird von ausländischer englischer Stelle mitgeteilt, daß eine amtliche Erklärung hierüber erst bei Beginn der Lausanner Konferenz erfolgen werde.

Die englische Regierung halte an ihrer Forderung der völligen Streichung der Tribute und Kriegsschulden fest, und dieses Ziel werde die Richtlinie für das Verhalten der englischen Abordnung sein.

Im Augenblick sei es verfrüht, Mutmaßungen über die englische Politik anzustellen, die über die amtliche Erklärung hinausgehen. Auch der Gedanke einer gemeinsamen europäischen Front gegenüber Amerika liege nicht im Rahmen der jetzigen Absichten der englischen Regierung.

In einer Erklärung an die Presse sagt Thomas, die Verhandlungen seien mit außerordentlich gutem Humor geführt worden und alles sei ruhig vor sich gegangen. Als ein irischer Journalist de Valera fragte, wann die Verhandlungen fortgesetzt würden, antwortete dieser: „Ich würde Ihnen raten, mit dem nächsten Zug nach Hause zu fahren.“

Wie verlautet, bestand de Valera während der Verhandlungen auf der Abschaffung des Treueides, wobei er betonte, daß er diese Maßnahme keineswegs für eine Verletzung des englisch-irischen Vertrages halte. Er deutete an, daß er nicht von seiner Kompromißlosen Haltung abgehen könne, da ihm bei den Wahlen das ausdrückliche Mandat zur Abschaffung des Treueides erteilt worden sei.

Da andererseits die englische Regierung ebenfalls zu keinem Nachgeben bereit war, waren die Besprechungen zum Scheitern verurteilt. Dem Star zufolge hat de Valera während der Erörterungen angedeutet, daß die irische Politik möglicherweise einer Änderung unterworfen würde, wenn Irland in Ottawa günstige Vorzugsverträge für seine Waren abschließen könne.

Doch absolute Mehrheit der Nationalsozialisten.

Schwerin. Der Wahlausgang für die Mecklenburg-Schwerinschen Landtagswahlen gab heute vormittag das endgültige amtliche Ergebnis der Landtagswahlen bekannt. Dennoch haben die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit im Landtag erhalten, da den Kommunisten am fünften Mandate 9 Stimmen fehlen. Die Nationalsozialisten haben 76 Stimmen mehr erhalten als sie nötig hatten. 30 nationalsozialistischen Mandaten stehen 20 Mandate der übrigen Parteien gegenüber.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 11. Juni 1932.

Merktblatt für den 12. und 13. Juni.
 Sonnenaufgang 3^h 3^m | Mondaufgang 1^h 1^m
 Sonnenuntergang 20^h 20^m | Monduntergang 7^h 7^m
 12. Juni 1850: der Offizier Maximilian Graf Voel von Hartenberg geb.
 13. Juni 1886: König Ludwig II. von Bayern im Starnberger See verunglückt.

Wie wird das Wetter?

Das unfremdliche läßt weiter hielt in der ersten Wochenhälfte an. Die zahlreichen kleineren Luftdruckstörungen, die über Mitteleuropa lagen, brachten in Norddeutschland noch wiederholte Niederschläge, die aber schon geringer waren als in der Vorwoche. In Süddeutschland hingegen hatte sich das Wetter schon wesentlich gebessert. Nachdem Mitte der Woche der Luftdruck sich mehr und mehr ausglich hatte, und sich ein ziemlich kräftiges Hochdruckgebiet über Mitteleuropa auszubilden begann, trat eine langsame Veruhigung auch im Norden ein. Die Quecksilbersäule begann langsam zu steigen. Schon am Donnerstag wurden vielfach 15 Grad Celsius erreicht. Nach der allgemeinen Luftdruckverteilung darf man erwarten, daß die Winde weiter abnehmen und nach Osten drehen, so daß wir für die nächsten Tage mit rascher Erwärmung zu rechnen haben. Im übrigen läßt die allgemeine Luftdruckverteilung die Erwartung berechtigt erscheinen, daß wir mit einer längeren Warmwetterperiode zu rechnen haben.

Städtisches Lust- und Schwimmbad, Wasserwärme 19°.

Das Kornfeld beginnt zu blühen. Dem aufmerksamen Naturfreund, der offenen Auges durch Felder und Wiesen streift, wird wohl nicht entgangen sein, daß das Kornfeld zu blühen beginnt. Ein gelber Schimmer wogt nun auf dem rauschenden Weizenfeld. Ein selten schöner Anblick.

Ärztlicher Sonntagsdienst (nur dringende Fälle) Sonntag, den 12. Juni: Dr. Koch-Grumbach und Dr. Ulrich-Bartschwald.

Kein Marktsonntag. Wegen anderweitiger Verpflichtungen fällt morgen das Marktsonntag aus. Die städtische Dreifachschule spielt dafür am Donnerstag den 16. Juni abends von 7 bis 8 Uhr im Oberen Park.

Spendet für das Rote Kreuz! Die Verschönerung der Wirtschaftslage und die durch die vielen anderweitigen Sammlungen zurückgegangene Gedeihlichkeit mögen sich zwar immer mehr fühlbar machen, aber wenn das deutsche Rote Kreuz nun wieder auf den Plan tritt und um eine Spende bittet, damit es sein großes Hilfswerk uneingeschränkt fortsetzen kann, da sollte niemand zurückbleiben, da sollte jeder seine Dankbarkeit für die unermüdete Arbeit der Männer vom Roten Kreuz mit einer Gabe, und sei es noch die geringste, zum Ausdruck bringen. In der Rotkreuzarbeit am bekanntesten und volkstümlichsten ist die Tätigkeit der freiwilligen Sanitätswolontäre vom Rote Kreuz, deren schlichte graue Dienströcke aus unserem Volksleben gar nicht mehr wegzudenken ist. In unserer Stadt und den Orten der nächsten Umgebung spielen diese Sanitätler eine überaus wichtige Rolle in der „Ersten Hilfe“ bei Unfällen im Verkehr, in Betrieben, im Hause, in der Abwehr von Seuchen, bei Gasgefahr und tausend anderen Fällen, in denen der hilfsbedürftige Mensch auf den Beistand des geschulten Helfers angewiesen ist. Eine ungeheure soziale und volkswirtschaftliche Bedeutung wohnt ihrem Wirken inne, das jährlich viele Unfälle verleiht vor Krankheit, Arbeitsunfähigkeit und Verärgerung bewahrt. Erst vor kurzem sind wieder 22 junge Männer von hier und aus der nächsten Umgebung unter ärztlicher Aufsicht nach dem vom Landesverein erlassenen Vorschriften einjährig ausgebildet worden, die alle ehrenamtlich ihren Dienst als eine Verpflichtung am liebsten verrichten. Das Werbematerial und alles was dazu gehört, erfordert freilich das ganze Jahr über laufende Kosten. Derselben aufzubringen ist die Sammlung am morgigen Tage bestimmt. Wer deshalb will, daß ihm einmal in der Not geholfen werde, der sorge jetzt mit seiner Gabe dafür, daß das Rote Kreuz und sein Sanitätswolontäre lebens- und arbeitsfähig bleibt.

Verkehrsausschuß Wilsdruff. Die Mitglieder werden zu einer Versammlung Montag nachmittags 4 Uhr ins „Schützenhaus“ geladen. Auch Gäste sind willkommen.

Der Abzug landwirtschaftlicher Erzeugnisse bringt zum genossenschaftlichen Zusammenfluß der Erzeuger. So ist wie uns vom Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Meißen mitgeteilt wird, die Diszentrale des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Meißen in eine Erzeugergenossenschaft umgewandelt worden, um vor allem den Erzeuger stärker an einer derartigen Stelle zu interessieren. Der Bezirksverband wird diese „Diszentrale Meißen e. G. m. b. H.“ als die Weiterentwicklung seiner ursprünglichen Einrichtung auch in Zukunft tatkräftig unterstützen. In den Erzeugern im Meißner Anbaugebiet liegt es nun, durch ihre Beteiligung und ihre Mitarbeit diese Genossenschaft zu dem Nachbatter werden zu lassen, der er in der heimischen Wirtschaft werden möchte. Zu näheren Auskünften ist die Geschäftsstelle der Genossenschaft, Meißen, Großenhainer Straße 8, Telefon Meißen 2048, gern bereit.

Auslegung der Stimmlisten für die Reichstagswahl vom 10. bis 17. Juli. Der Reichsinnenminister veröffentlichte am Donnerstag im „Reichsanzeiger“ eine Verordnung, nach der die Stimmlisten und Stimmkarten für die am 31. Juni stattfindende Reichstagswahl vom 10. bis 17. Juli auszuliegen sind.